

VIII. Ludwig-Erhard-Lecture
mit dem Präsidenten der Deutschen Bundesbank
Prof. Axel Weber
am 14. Oktober 2010 in Berlin

Schlusswort

Hubertus Pellengahr
Geschäftsführer
der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Professor Weber,
lieber Herr Professor Tietmeyer,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

meine Aufgabe ist es heute vor allem, Danke zu sagen.

Ihnen, Herr Professor Weber, dass Sie es trotz der angespannten Terminlage möglich gemacht haben, zu uns zu sprechen, und Ihnen, Herr Professor Tietmeyer, für Ihre einleitenden Worte und die inhaltliche Unterstützung, die Sie der INSM heute und an vielen anderen Stellen zuteil kommen lassen.

Danke auch an Herrn Dr. Schäfers, dem für die Finanzpolitik zuständigen Wirtschaftsredakteur der FAZ in Berlin, für die kompetente und professionelle Moderation.

An der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen führt kein Weg vorbei. Die Kosten der Finanzkrise waren nur der Tropfen, der das Schuldenfass endgültig zum Überlaufen gebracht hat. Über 1,7 Billionen Euro Schulden in Deutschland sind nicht in den vergangenen drei Jahren entstanden. Viel zu lange schon gibt der Staat regelmäßig deutlich mehr Geld aus, als er einnimmt.

In diesem Jahr macht der Bund wahrscheinlich immer noch über 50 Mrd. Euro neue Schulden. Die Länder benötigen zusätzliche Kredite in Höhe von etwa 30 Mrd. Euro. So viel, wie noch nie. Die gesamtstaatliche Zins-

belastung von über 65 Mrd. Euro zeigt: Staatsverschuldung belastet nicht nur zukünftige Generationen. Sie schränkt auch in der Gegenwart unsere Gestaltungsspielräume spürbar ein. Einnahmen und Ausgaben müssen deshalb ins Gleichgewicht gebracht werden. Das heißt, die Ausgaben müssen auf das Niveau der Einnahmen gesenkt werden – und nicht umgekehrt. Wir müssen aus den Fehlern der Vergangenheit lernen und eine konsequente Konsolidierungsstrategie entwickeln. Nur so sind wir für künftige Krisen gewappnet und vermeiden eine immer höhere Belastung für nachfolgende Generationen.

Angesichts der positiven Wirtschaftswachstumssignale und der überaus erfreulichen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt haben sich die Voraussetzungen für eine solide und erfolgreiche Sparpolitik verbessert. Das lange verloren geglaubte Ziel der Vollbeschäftigung ist wieder in greifbare Nähe gerückt. Umso wichtiger ist es jetzt nicht nachzulassen. Denn neben regulatorischen Reformen auf dem Arbeitsmarkt, entfalten auch der Abbau der Staatsverschuldung und die Rückführung der Staatsquote positive Wirkungen auf die Beschäftigung.

Uns allen muss bewusst sein, dass Schuldenabbau immer auch mit Einschnitten verbunden ist. Bestrebungen, die Haushaltskonsolidierung über die Einnahmeseite - sprich Steuererhöhungen - zu erreichen, sind in der Vergangenheit regelmäßig gescheitert. Kurzfristig mögen Steuererhöhungen zum Defizit-Abbau beitragen, mittelfristig zogen sie aber stets höhere

Staatsausgaben nach sich. Die Konsolidierungswirkung von Steuererhöhungen ist bislang immer verpufft. Was von ihnen bleibt, ist ein erhöhter Finanzierungsbedarf des Staates.

Im Gegensatz dazu waren Reformen, die an der Ausgabenseite angesetzt haben, langfristig erfolgreich. Das Sparpaket der Bundesregierung mit einem Volumen von 80 Milliarden Euro bis 2014 ist ein erster, wichtiger Schritt. Jedoch reicht der Betrag nicht aus, um in den kommenden Jahren einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Wir dürfen nicht davor zurückschrecken, tabuisierte Bereiche zu überdenken. Wer strukturell sparen will, muss sämtliche Ausgabenposten auf den Prüfstand stellen. Das gilt übrigens auch für die Bundesländer: Außer in Schleswig-Holstein ist die Schuldenbremse des Grundgesetzes noch nirgendwo in die Landesverfassungen aufgenommen worden. Der Handlungsbedarf in den Ländern ist aber genau so groß – vor allem weil deren Gestaltungsspielraum bei Steuereinnahmen und fixen Personalkosten nochmals geringer ist als beim Bund. Wir werden darauf drängen, dass sich die Bundesländer jetzt ebenso wie der Bund auf eine nachhaltige Konsolidierungsstrategie verständigen.

Keine Frage: Kein Staat kann ohne Steuern existieren. Damit baut er Verkehrswege, sorgt für Sicherheit und soziale Leistungen. Aber es gibt eben auch keinen Staat ohne Ineffizienzen.

Wir geben viel zu viel Geld der Steuerzahler für fragwürdige Subventionen und ineffiziente Verwaltungen aus. Investitionen in die Zukunft, wie Bildung und Forschung, kommen leider zu kurz. Jeder Bürger hat aber ein Recht darauf, dass der Staat das Geld, welches er ihm als Steuerzahler zur Verfügung stellt, effizient einsetzt.

Das heißt, entschlossen sparen, überflüssige Ausgaben streichen und keine neuen Schulden machen.

Wir brauchen einen gesunden Staat und mehr Respekt vor dem Geld der Bürger.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf mich bei Ihnen herzlich für das zahlreiche Erscheinen und Ihr Interesse bedanken und Sie nun zu einem kleinen Mittagsimbiss einladen.